

Bezugspreis:

Wochenblatt 12,50 M., monatlich 4,50 M., ...

Der "Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage "Soll u. Sein" erscheint wöchentlich zweimal Sonntags einmal.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Einzelnenpreis:

Die achtseitigen Sonntagsbeilage kostet 2.- M., ...

Redaktion und Expedition: S.W. 68, Lindenstr. 3.

Mittwoch, den 7. Januar 1920.

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., S.W. 68, Lindenstr. 3.

Schweizer Sündenfall.

Der imperialistisch-kapitalistische Zauber, der stärker den je Westeuropa ergriffen hat ...

Voralberg, das Ländchen zwischen Bodensee und Arlberg ...

Allen diesen Bestrebungen, die in der Schweizer Presse mit bemerkenswerter Offenheit Ausdruck gefunden haben ...

In Voralberg selbst hatten die Kriegsmüdigkeit und das Willkürregiment der Landesbehörden während des Krieges ...

Sie sind, wenigstens offiziell, nicht zustande gekommen, weil die Schweizer Regierung damals jeden Anschein unkorrekten Handelns vermeiden und auf Verhandlungen mit Voralberg nur eingehen wollte ...

Die demgemäß zurückhaltende Stellung der Wiener Regierung paßte den Voralberger Anschlussagitatoren, die bereits vom Frieden von Saint Germain Verwirklichung ihrer Pläne hofften, gar nicht.

besondere von den beiden Minoritätsparteien, den Deutschfreisheitlichen und den Sozialdemokraten.

Hatte der Schweizer Anschluß in Voralberg an Boden verloren, so entfalteten die Anschlussagitatoren nun eine um so regere Tätigkeit in der Schweiz.

Schließlich gelang es den am Anschluß interessierten Schweizer Kreisen und ihren Voralberger Helfern, eine erhebliche Zahl bürgerlicher Schweizer Politiker zu bestimmen, daß sie in einer Eingabe an den Schweizer Bundesrat wegen Wahrung der bedrohten Schweizer Interessen in Voralberg ...

Benutzt die Schweiz in einer späteren Regierungserklärung die Rede des Bundesrats Calonder abzuwischen, hatte diese ihre aufreizenden Wirkungen bereits geübt, und diese Wirkungen offenbarten sich in den Sitzungen des Voralberger Landtages zu Beginn dieses Monats.

Angenommen wurde ferner, und das ist der springende Punkt, ein Antrag des christlichsozialen Landesrates Neger, dahingehend, daß der Landesrat ermächtigt werde, "nötigenfalls" über den Kopf der Wiener Regierung hinweg dem Völkerbund bzw. dem Obersten Rat den Wunsch Voralbergs nach Anschlußverhandlungen mit der Schweiz zu unterbreiten.

Alle diese Anträge gelangten von der christlichsozialen Mehrheit fast einstimmig zur Annahme, während Sozialdemokraten und Deutschfreisheitliche geschlossen dagegen protestierten, erzielte schließlich durch Verlassen des Sitzungssaales, die "Voralberger Wacht" legte dann den Standpunkt der Partei am 7. Dezember 1919 in den markigen Worten fest:

"Wir können es nicht mit unserm Gewissen vereinigen, unser Volk wirtschaftlich und national zu schwächen, und sind deshalb Gegner des Anschlusses, wie wir auch unerbittliche Feinde des Schweizer und des gesamten Weltkapitalismus sind.

Kan wird abwarten müssen, wie sich die Dinge weiter entwickeln. Sicher ist die Gefahr groß, daß ein Teil Deutschösterreichs um vermeintlicher materieller Vorteile willen von diesem Straf und vom deutschen Gedanken abspilt.

ähnliche Wünsche herborgerufen. Gibt die Entente Voralberg nach, so kann sie folgerichtig auch den andern Ländern ein Selbstbestimmungsrecht nicht mehr verjagen ...

Auch ist in der Schweiz die Opposition gegen den imperialistischen Kurs der Regierung im Wachsen. Neben Angehörigen verschiedener Parteien im Tessin und im Kanton Waadt sind es vor allem die Sozialdemokraten, die den Irrweg der Regierung mißbilligen.

So würde schließlich in der Schweiz kaum eine große Mehrheit für den Anschluß zu haben sein, und daselbe wird in Voralberg selbst gelten, wenn man dort erst einmal die Motive der Schweizer Anschlußfreunde und die möglichen Anschlußbedingungen kennen wird.

Urban Zicht

Ein französischer Racheakt.

Die Kunde von der Verurteilung der Brüder Röding durch das französische Kriegsgericht zu je 10 Jahren Zuchthaus, 15 Jahren Landesverweisung und 10 Millionen Franz Geldbuße beschäftigt anheimlich die deutsche Öffentlichkeit.

Als im Laufe des Krieges sich die Notwendigkeit ergab, die Produktion der deutschen Industrie an Kriegsmaterial außer Acht zu lassen, um gegenüber der den Feinden zu Gebote stehenden Produktion der ganzen Welt die Möglichkeit des Widerstandes aufrechtzuerhalten, hat die Heeresleitung sich entschlossen, die im besetzten Gebiete vorhandenen industriellen Werke dem Betrieb der deutschen Werke dienstbar zu machen.

An der Ausführung dieser Maßregel haben sich die Brüder Röding, ebenso wie die übrigen deutschen Industriellen, beteiligt. Deshalb sind die Rödings jetzt verurteilt worden. Hermann Röding hat als Vertreter seines Werkes Verhandlungen mit der deutschen Regierung geführt wegen Ankaufs der durch Abbruch eines französischen Werkes zu gewinnenden Maschinen für eine Erweiterung der Werkanlagen in Diederhofen, die von der Heeresleitung gewünscht wurde.

Nach diesem Sachverhalt kann bei keinem der Brüder Röding von einer strafbaren Handlung die Rede sein. Soweit Robert Röding als Offizier gehandelt hat, hat er nur pflichtgemäß die ihm erteilten Befehle ausgeführt; im übrigen sind die französischen Maschinen ordnungsgemäß von der deutschen Regierung gekauft, die zur Verfügung über die Maschinen völkerrechtlich befugt war.

Wie bringe es das französische Gericht fertig, trotzdem auf diesen Sachverhalt die Anklage des Diebstahls und der Sachbeschädigung zu stützen? Dies ist nur dadurch möglich, daß alle rechtlichen Erwägungen in den Hintergrund gedrückt werden und in dreier Ansonstung geschwiegt wird, wie die deutsche Industrie, insbesondere Gebrüder Röding es verstanden hätten, zum Nachteil der französischen Industrie ihre eigenen Interessen zu fördern.

Diese Anschuldigungen sind falsch. Die Wegnahme der Maschinen durch das Deutsche Reich war eine Kriegsmaßnahme. Würde es selbst richtig — was nicht der Fall ist —, daß hierbei gegen das











